

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 291/ 2020
Kiel, Mittwoch, 23. September
2020

Arbeitsmarkt/Razzien Fleischin-
dustrie

Kay Richert: Die Umgehung des deutschen Arbeitsrechts muss ausgeschlossen werden

Zu den Razzien der Bundespolizei in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Berlin, Sachsen und Nordrhein-Westfalen, die im Zusammenhang mit illegaler Leiharbeit in der Fleischindustrie stehen, erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Kay Richert:

„Es kann nicht sein, dass wir zulassen, dass organisierte Banden deutsches Arbeitsrecht umgehen und mit der Ausnutzung der Betriebe und Ausbeutung osteuropäischer Arbeiter hohen Profit machen.

Deswegen ist es gut, dass unsere Bundespolizei konsequent gegen die Rechtsbrecher vorgeht. Dabei muss auch aufgeklärt werden, inwieweit die fleischverarbeitenden Betriebe selbst Teil dieser Missstände sind. Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, dass ehrliche Betriebe die Dummen sind.

Außerdem sind die aktuellen Ermittlungen ein Beweis dafür, dass ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit nicht geeignet ist, die Zustände in Produktion und Unterbringung dauerhaft zu verbessern. Denn mit der gleichen kriminellen Energie, mit der jetzt geltendes Recht umgangen wurde, können auch andere Verbote umgangen werden.

Sowohl den betroffenen Arbeiterinnen und Arbeitern wie auch den ehrlichen Betrieben ist am besten geholfen, wenn die bestehenden Regelungen zur Arbeitnehmerüberlassung, zur Leiharbeit und zur Unterbringung praktikabel so angepasst werden, dass Missbrauch und Umgehung ausgeschlossen werden.“